

Inklusion ohne Institution

Familiäre Wohnformen für Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf gesucht.

DORNBIRN Sie möchten wohnen, wie es Ihren Bedürfnissen entspricht. Doch Wohnraum zu finden, der Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf entgegenkommt, ist schwierig. „Da bleibt meist nur das Elternhaus oder eine große Wohngemeinschaft“, beschreibt Claudia Niedermair, Obfrau von Integration Vorarlberg (IV), die we- nigen Alternativen. Beide sind nicht zufriedenstellend. „In einer voll- oder teilbetreuten Wohngemein- schaft leben etwa sieben Personen. Dort steht der Einzelne auf Kosten der Gruppe eher im Hintergrund. Zu Hause gibt es oft Konflikte, weil die jungen Erwachsenen selbst- ständig leben möchten“, erklärt Niedermair die Gründe. Auf dem Wunschzettel ganz oben stehen deshalb inklusive Wohnformen in Familiengröße und im gewohnten sozialen Umfeld. „Man kennt sich und unterstützt sich“, weiß Ingrid Rüscher von einer unausgesproche- nen Verantwortlichkeit, die sich in einer Gemeinde für Menschen mit

Beeinträchtigungen bildet. Auch diese Ressourcen gelte es unbe- dingt zu nutzen.

Schwieriges Zusammenleben

Das Thema der Ablöse vom Eltern- haus, aber auch der Wunsch der Eltern, eine neue Lebensphase für ihre Kinder und für sich zu gestal- ten, nimmt bei den Elternstamm- tischen breiten Raum ein. „Mütter sowie Väter berichten von Schwie- rigkeiten, die sich aus dem Zusam- menleben ergeben, weil die Kinder ihr eigenes Leben wollen“, erzählt Judith Bechtold. So klagte etwa eine Mutter: „Wir brauchen dringend für uns und für unsere Tochter mehr Freiheiten. Sie mag nicht mehr mit mir alleine zu Hause sein.“ Und ein Vater sagt: „Unsere Tochter möch- te sich von uns ablösen. Es gibt mo- mentan viele Konflikte.“

Die IV wünscht sich vor allem eine Inklusion ohne Institution, in der sich auch Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf eine für sie maßgeschneiderte Lebenssituation

schaffen können. In Wien wurde der Schritt von der großen Wohnge- meinschaft zum selbstbestimmten Wohnen sowie von der Vollversor- gung zur individualisierten Un- terstützung und Begleitung schon



„Früher gab es auch bei uns für alle Menschen mit Beeinträchtigung“ nur die Vollversorgung.“

Robert Mittermair
Geschäftsführer IVS

lange vollzogen. Unter dem Dach der Interessenvertretung sozialer Dienstleistungsunternehmen für Menschen mit Behinderung (IVS), die 17 Organisationen umfasst, wur- den sogenannte Wohnverbände

entwickelt. Innerhalb eines solchen Wohnverbundes gibt es Einzelwoh- nungen oder Zweier-Wohnungen im Haus sowie in der unmittelbaren Umgebung, Gemeinschaftsflächen, eine Krisenstruktur und Räume für Betreuer. „Die Menschen mit Be- einträchtigung haben die Möglich- keit, die Wohnung selbst anzumie- ten, sie haben vollen Zugriff auf das eigene Einkommen und das Pflege- geld, und sie können über das Aus- maß der Betreuung entscheiden“, listet IVS-Sprecher Robert Mitter- mair die Vorteile des neuen Sys- tems auf und ergänzt: „Früher gab es für alle nur die Vollversorgung.“

Bessere Lebensqualität

Seit 2013 der erste Wohnverbund seine behindertengerechten Pfor- ten öffnete, sind weitere vier ent- standen. Ein nächstes Ziel wäre, dass Genossenschaften verpflich- tend Wohnraum an Menschen mit Beeinträchtigungen abgeben müs- sen. Denn die Erfahrungen mit Wohnverbänden sind äußerst po-

sitiv. „Die Bewohner sprechen von einer deutlich besseren Lebensqua- lität“, bestätigt Mittermair.

Vom Menschen ausgehen

Außerdem gewährleistet der direk- tere Kontakt zwischen Bewohnern und Betreuern ein schnelleres Handeln bei auftretenden Schwie- rigkeiten. Allerdings würde diese Form des Wohnens viel professio- nelles Know-how erfordern, merkt Mittermair an, der unlängst bei der Jahreshauptversammlung der Inte- gration Vorarlberg in Dornbirn zum Wohnthema referierte. Auch die IV will sich diesem nun verstärkt wid- men und nach Konzepten suchen, die „vom Menschen ausgehen und nicht von der Institution“, wie es Obfrau Claudia Niedermair formu- lierte. **VW-MM**



Nächster Elternstammtisch: 15. Dezember 2017, 19 Uhr, Am Garmarkt in Götzis, Büro „Mensch zuerst“. Weitere Infos: Judith Bechtold, Tel. 0699/12418399, E-Mail: judith.bechtold@aon.at



Am 14. Dezember steigt der Glyphosat-Gipfel

Länder möchten Zeitplan für den Weg in eine glyphosat- freie Zeit, sagt Lan- desrat Schwärzler.

gegeben, einen Ausstieg auf Lan- desebene zu prüfen.“ In diesem Zusammenhang könne das neue Bodenqualitätsgesetz zum Einsatz kommen, das sich derzeit in Be- gutachtung befindet. „Ich möchte allerdings nicht nur einen glypho-

Das Bodenqualitätsgesetz be- schränkt sich nicht nur auf die Landwirtschaft, sondern betrifft jede nicht versiegelte Fläche. Auch die Bahnschienen. Dies ist deshalb wichtig, weil die ÖBB für Unkraut auf den Gleisen ebenfalls Glypho-